Dez. 2 Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 0501/21

Titel der Drucksache

Wirtschaftsförderungsmaßnahmen

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben?	Ja.
Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung?	Ja.
Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor?	Nein.

Stellungnahme

Zu Nr. 2) "Parkgebühren" (Verkehr)

Für die Ausweitung von Tarifangeboten im Sinne des Änderungsantrages, ist zunächst festzustellen, dass bereits die genehmigten ÖPNV-Tarife in Erfurt und auch im VMT nicht kostendeckend sind. Die Aufgabenträger (kreisfreie Städte, Landkreise sowie Freistaat) leisten einen hohen finanziellen Ausgleich, der in Auswirkung der Corona-Pandemie weiter steigen wird. Jede Absenkung von Tarifen führt zu einem höheren Ausgleichsbetrag der Aufgabenträger, der an die Verkehrsunternehmen zu leisten ist.

Alle Tarifmaßnahmen müssen im VMT beschlossen werden. Auch wenn nur einzelne Tarifzonen betroffen sind, hat dies Auswirkungen auf das im VMT geltende Einnahmeaufteilungsverfahren zwischen den Verkehrsunternehmen.

Für die Landeshauptstadt Erfurt würde das konkret bedeuten, dass aus Gründen der Diskriminierungsfreiheit für Unternehmen und Fahrgäste die ermäßigten Angebote für alle Verbindungen gelten müssten. Der Ausgleich wäre somit auch an alle in der Tarifzone Erfurt verkehrenden Verkehrsunternehmen zu leisten. (Bsp. Einbeziehung der Eisenbahn-Angebote z.B. für Vieselbach, Kühnhausen, Gispersleben, Stotternheim, Busangebote auswärtiger Unternehmen z.B. für Märchensiedlung, IKEA, Waltersleben). Für den dafür notwendigen Abstimmungsprozess und Beschluss ist im beschleunigten Verfahren aus Erfahrungswerten ein geschätzter Vorlauf von mindestens zwei Monaten notwendig.

Eine Absenkung der Beförderungskosten wäre nur über das im VMT angebotene Tarifsortiment denkbar, ansonsten wären sehr zeitaufwändige Umprogrammierungen der gesamten Vertriebstechnik im VMT sowie hierfür ein kompliziertes Einnahmeausgleichsverfahren notwendig.

Denkbar wäre u.a. dass die Mitnahmemöglichkeiten an dem entsprechenden Tag erweitert werden (Bsp. Einzelfahrausweis auch für Rückfahrt oder als Familienkarte). Mit diesem System wäre auch eine Fahrscheinfreiheit an einem Tag realisierbar. Für alle mit dem VMT und der EVAG zu verhandelnden Varianten gilt aber immer der Grundsatz des finanziellen Ausgleichs der Aufgabenträger an die Verkehrsunternehmen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass ermäßigte / freie Angebote die Gelegenheitsnutzer belohnt. Auch Dauerkarteninhaber sollten z.B. über eine erweiterte Mitnahmeregelung zu zusätzlichen Fahrten in die Innenstadt angeregt werden.

Die Mitglieder des VMT beschäftigen aktuell intensiv mit der Frage der Kundenrückgewinnung. Dabei sollen sich in diesem Jahr die Aktivitäten unter dem Motto „rein in die Stadt“ konzentrieren. In diesem Zusammenhang sind auch ein oder mehrere Aktionstage mit speziellen Tarifangeboten in Planung. Eine Abstimmung zwischen Stadt, Händlern und VMT erscheint dazu als sinnvolles Element im Sinne des Antrages.

Der "Willkommenstag" sollte von verschiedenen Angeboten jedoch nicht von Verboten flankiert werden. So wurde bereits in der "Arbeitsgemeinschaft Mobilität zur Strategieentwicklung der Innenstadt" Wert darauf gelegt, dass alle Verkehrsteilnehmer, auch die Pkw-Nutzer, die Innenstadt erreichen. Für sie stehen in den Parkhäusern und auf den Parkplätzen, deren Betreiber im vergangenen Jahr ebenfalls Verluste hinnehmen mussten, ausreichend Stellplätze zur Verfügung. Die öffentlichen Stellplätze rund um die Fußgängerzonen sind den Bewohnern vorbehalten, so dass im Sinne der Begegnungszone unnötiger Parksuchverkehr vermieden wird.

Zu Nr. 3) Werbung/Strategie/Kultur

Prüfauftrag - Aufhebungen der Beschränkungen von Veranstaltungen bis 22:00 Uhr

Es handelt sich um einen Prüfauftrag. Dieser kann angenommen, in der Kürze der Zeit aber noch kein Ergebnis in Aussicht gestellt werden.

Fazit:

Aus Sicht der Verwaltung ist der Antrag abzulehnen. Vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen wie Aktionstage sollten in Abstimmung mit dem VMT weiterverfolgt werden.

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Anlagenverzeichnis

Linnert

Unterschrift Beigeordneter

17.03.2021

Datum